

Katholikenrat der Region München



Katholikenrat weist Aktivitäten der Partei die „Die Freiheit“ scharf zurück Keine Instrumentalisierung der Opfer von Christenverfolgung und Völkermord für menschenfeindliche Zwecke

Der Katholikenrat der Region München weist in aller Schärfe den Versuch der Partei „Die Freiheit“ zurück, die unzähligen unschuldigen Opfer von Christenverfolgungen bis hin zum Völkermord in ihrer islamfeindlichen Propaganda zu vereinnahmen und für ihre eigenen menschenfeindlichen Ziele zu instrumentalisieren. Dieses Ansinnen extremistischer Personen und Netzwerke widerspricht jedem christlichen und menschlichen Empfinden.

Für den 24. April, den Gedenktag zum Völkermord an Armeniern von 1915, hat der bayerische Landesverband der Partei „Die Freiheit“ zu einer Kundgebung am Odeonsplatz in München aufgerufen. Die Partei „Die Freiheit“ und ihr Landesvorsitzender Michael Stürzenberger gelten seit der Vorstellung des bayerischen Verfassungsschutzberichts 2012 als verfassungsfeindlich. Ihr Anliegen ist es, „in verfassungsfeindlicher Weise Vorurteile gegenüber Muslimen und dem Islam zu wecken. ... Ihre Aktivitäten zielen unter anderem darauf ab, pauschale Ängste vor Muslimen zu schüren und sie aufgrund ihres Glaubens als Feinde des Rechtsstaates zu verunglimpfen. Dadurch werden die Religionsfreiheit, die Menschenwürde und der Gleichbehandlungsgrundsatz als Kernbestandteile unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung verletzt.“ (Bayerisches Staatsministerium des Inneren, Pressemitteilung Nr. 139/13 vom 12.04.2013). Maria Frank, die eine „Einladung“ zum „Gedenktag“ der Partei „Die Freiheit“ verschickt, wurde im Februar 2013 vom Münchner Amtsgericht wegen Volksverhetzung verurteilt.

Der Katholikenrat der Region München fordert dazu auf, sich den Aufrufen und Aktionen von „Die Freiheit“ und der gleichermaßen als verfassungsfeindlich eingestuften Ortsgruppe München des Internetblogs „Politically Incorrect“ (ebenfalls angeführt von Michael Stürzenberger) zu widersetzen und vor deren Aktivitäten zu warnen.

Gedenken ist ein wertvolles Anliegen aller aufrichtigen Christen wie Nichtchristen. Es darf niemals als Instrument pauschaler Hetze gegen Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit missbraucht werden.

19.04.2013

Dr. Uwe Karrer, Vorsitzender
Helga König, Vorstand